

Die Zeitschrift

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Zeitschrift“ beträgt für In- u. Auslands-
bezieher 1 Goldmark monatlich.
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Brahestr. 2-5.
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849. •

Immer strebe zum Ganzen und laß dich nicht vom Ganzen werden
***** Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes dich an *****

Inserate: Die 6spalt. Petitzeile wird mit 0,20 Goldmark für
Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen
berechnet. Für arbeitssuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei.
Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Weitere Konzerne der feinkeramischen Industrie.

Die Bank für keramische Industrie.

Außer der Bank für Thüringen ist noch das Bankhaus
Gebr. Arnhold in Dresden-Berlin Finanzrückhalt
für eine Anzahl feinkeramischer Werke. Sie hat für diesen Zweck
eine besondere Bank des Namens „Bank für keramische In-
dustrie, A.-G.“ in Dresden und Berlin gebildet, die die Ge-
schäfte zu erledigen hat. Ihren Sitz hat sie in Dresden und
Berlin.

Die Fabriken, die sich zur Wahrnehmung ihrer Machtinter-
essen zu einer gut organisierten Konzernformation zusammen-
geschlossen haben, stehen der allgemeinen wirtschaftlichen Ent-
wicklung nicht nach. Ihre Firmennamen sind: Die Kestische Volk-
sticker A.-G. mit zwei Betrieben in Volkstede, zwei in Neu-
haus (Nennweg), einem in Unterweishach und einem in
Pössa. Die Firma fertigt zum überwiegenden Teil Luxus-
gegenstände aller und neuerer Art und in Neuhaus auch elektrotech-
nische Artikel und Feinsteingut. Die Arbeiterzahl beträgt in
Volkstede je 150, in Unterweishach 180, in Neuhaus 300 und in
Pössa 200 Personen, also insgesamt 830. — Die Feinsteingut-
fabrik Mag. Köhler, A.-G. in Rodach, mit 400 Beschäftigten
und ihrem besonderen Küchenmöbelbetrieb in Hildburg-
hausen ist auch im Besitz der Großherzoglichen keramischen
Manufaktur Darmstadt, G. m. b. H., in Darmstadt, wo
70 Leute tätig sind. Neben Kücheneinrichtungsartikeln aller Art
werden als Spezialität geflügelte Gegenstände angefertigt. —
In enger Verbindung mit den beiden genannten Firmen steht
noch die Firma Gebr. Kühnlenz, Porzellanfabrik, A.-G., in
Pronach, die von 300 Tägigen vornehmlich elektrotechnische
Artikel herstellen läßt. — Auch eine der größten deutschen Por-
zellanfabriken, die von C. Tiedt & Co., A.-G., in Altrowitz
(Mittelland in Dresden), gehört zu dieser Konzerngruppe, die auf
der Leipziger Messe ein besonderes Meßhaus, das Por-
zellan-Palais, für die ihr angeschlossenen Firmen stehen
hat. 1500 Köpfe bilden die Belegschaft dieses Werkes, das mit
drei Tunnelöfen arbeitet und Porzellangeschirr, vor allem Tafel-
service, in den billigsten Preislagen fabriziert. — Die Triptis-
Alliengeseilschaft in Triptis ist mit eine der größten Unter-
nehmungen dieser wirtschaftlichen und finanziellen Konzerngruppe.
Sie besitzt eine Porzellanfabrik in Triptis, in der 500 Ar-
beiter und Arbeiterinnen mit der Herstellung von Exportgeschirr
beschäftigt sind. Außer diesem deutschen Werk hat die Firma je-
doch noch Fabriksbetriebe in der Tschechoslowakei. Inwieweit noch
zwischen ihr und den ihr früher gehörenden Betrieben, Stein-
gutfabrik Brüder Urbach, G. m. b. H., in Teplitz mit 400 und
die Hartsteingutfabrik Rudolf Dittmars Erben mit 500 Be-
schäftigten in Znaim, sowie den Glasfabriken der Firma
S. Fischmann & Söhne in Prag, Teplitz-Tschana und
einem Brauntönenbergwerk mit 25 Mann täglicher Förderung
Verbindung besteht, kann nicht gesagt werden. Als nächstes
Unternehmen mit ausländischem Besitz muß die Porzellanfabrik
C. M. Hülshausen, A.-G., mit dem Sitz in Dresden, ge-
nannt werden. Zu ihr gehört die Porzellanfabrik Hohenberg in
Hohenberg a. d. Eger, in der 400 Schaffende Porzellan-
geschirr besserer Qualität herstellen, während die Abteilung Ur-
berg in Arzberg außer Geschirr auch Meßwaren fabriziert. Dort
sind 275 Arbeiter und Arbeiterinnen tätig. Diese Firma betreibt
außerdem noch eine Malerei in Dresden. Ihr Auslands-
besitz ist die Porzellanfabrik, A.-G., in Altrowitz mit
1500 Beschäftigten. In diesem Werk steht ein Tunnelofen. Fa-
brikationsartikel ist Porzellangeschirr. Am Altrowitzer Betrieb
gehört noch ein 40 400 Quadratmeter großes Rasenfeld in Wehe-
büttel bei Ottowitz (Böhmen). Ferner hat die Firma sämtliche
Kühnert-Turbo- und die Steinfeldsaktien. Die Kühnert-Turbo-
werke, A.-G., befinden sich in Meißen und fertigen Maschinen
und Einrichtungen aller Art für keramische Fabriken. Steinfelds
ist ein Gut mit Elektrowerk.

Diese Konzerngruppe hat jedoch einen weiteren Auslands-
besitz im Jahre 1924 erworben, und zwar die finnischen Por-
zellanfabriken in Helsingfors und Abo mit 700 Werk-
leuten.

Der genannte Konzern unterhält sonach 13 Werke in der
Porzellan- und Steingutindustrie in Deutschland, 1 in der
Tschechoslowakei und 2 in Finnland mit insgesamt 7000 Be-
schäftigten.

Das Bankhaus Gebr. Arnhold in Dresden-Berlin ist na-
türlich an weiteren Unternehmungen der Keramindustrie in-
teressiert und damit auch die ihm angeschlossene Bank für kera-
mische Industrie, aber es ist nicht klar ersichtlich, wieweit z. B.
die Keramische Industriebedarfsgesellschaft, A.-G., in Dresden,
die Richard Blumenfeld, Bettener Dienfabrik, A.-G., und andere
Werke der Ton-, Chamotte- und Steingutindustrie von der
genannten Geldgeberin beeinflusst werden.

Der Rosenthal-Konzern.

Dieser Konzern stellt ein Gebilde dar, das sich mehr wie die
beiden anderen Konzerne den Persönlichkeitscharakter erhalten
und eine besondere Qualitätsstellung errungen hat, trotz aller
Verbindungen, in die es mit Hilfe seines Reiches, der Dres-
dener Bank, eingang. Diese Vereinigung hat ihren Sitz in Berlin.
Von ihren Werken liegt das größte, die Porzellanfabrik
H. Rosenthal & S., A.-G., in Selb. Dort sind 1400 Ar-
beiter und Arbeiterinnen sowie 280 Angestellte tätig. Das Werk
hat eine Porzellanwerkstatt, eine elektro- und eine besondere
Kunstabteilung, auch ein Bräufeld. Die Qualität dieser Er-
zeugnisse wird in der ganzen Welt geschätzt. — In der Fabrik
in Selb-Bühberg werden Geschirr und elektrotechnische
Artikel von 540 Arbeitern und Arbeiterinnen hergestellt. — Der
Betrieb in Pronach ist auf die Geschirrerzeugung eingestellt
und beschäftigt 380 Personen insgesamt. — Die Porzellanfabrik
F. Thomas in Marktreuth betreibt die Produktion von
Geschirr und chemisch-technischen Artikeln mit 1010 Arbeitern
und Angestellten. — Der zweitgrößte Betrieb dieses Konzerns
ist der der Krüger Porzellanindustrie-A.-G. in Walden-
burg mit 1200 Beschäftigten, die auf Hotelgeschirrerzeugung
eingestellt ist. — Durch die AGG Porzellanfabrik in Sen-
nigsdorf, Betriebsführung Rosenthal, ist der Konzern auch

mit dem großen AGG-Konzern verbunden. Dort arbeiten 600
Personen in der Herstellung elektrotechnischer Artikel. — In
Neuroth bei Karlsbad steht die Porzellanfabrik „Bohe-
mia“ A.-G., in der 450 Leute tätig sind. Das Werk erzeugt
Geschirr. — Neuerdings hat der Rosenthal-Konzern auch in
Italien eine Porzellanfabrik erworben, in der elektrotech-
nische Artikel fabriziert werden. Das sind demnach zwei Aus-
landsunternehmen. — Durch die Steatit-Isolatorenfabrik Adam
Weber & Co., G. m. b. H. in Nürnberg, ist das Gebilde
auch in die Steatit- und Magnesiaindustrie gekommen, in der
auch das Bankhaus Gebr. Arnhold, Dresden-Berlin, Betriebe
beeinflusst. — Der Rosenthal-Konzern ist ferner mit einer
Metallwarenfabrik der „Mitrometall“ in Dresden liert,
die die Beleuchtungskörper aus Porzellan in Verbindung mit
Metall verarbeitet. — Der Konzern unterhält ferner noch ein
gepachtetes Sägewerk, eine Möbel- und Kistenfabrik, eine Buch-
druckfabrik und eine größere Reparatur-, Schlosser- und Ma-
trizenwerkstätte für den eigenen Bedarf.

Das am besten ausgebaute Verkaufssystem von allen fein-
keramischen Organisationen hat wohl der Rosenthal-Konzern, der
in fast allen Großstädten der Erde eigene Verkaufsstellen unter-
hält und den Handel seiner Ware teilweise selbst in der
Hand hat.

Der Konzern gibt seine gesamte Arbeiterzahl mit 6000 an.

Die Familiengruppe Winterling.

Innerhalb der Porzellanindustrie gibt es noch einige kleinere
Gebilde, die keinen Konzerncharakter haben und doch schon eine
ziemlich starke Machtstellung einnehmen. Zu dieser Art Or-
ganisation muß die Winterlinggruppe gerechnet werden. Die
Mehrzahl ihrer Werke gelten noch als Privatbesitz, und nur
zwei sind A.-G. und eines G. m. b. H. Die Winterlinggruppe
unter dem Namen Porzellanfabrik Feh. Scherzer & Co., A.-G.,
in Rehau, mit 900 Beschäftigten. Der Betrieb fabriziert
Geschirr und in einer besonderen Kunstabteilung Luxusgegenstände.
In dem ebenfalls dieser Firma gehörigen Elster-Porzellanwerk
in Mühlhausen (Vogtland) sind 150 Arbeiter und Arbeiter-

innen mit der Herstellung von gleichen Artikeln wie in Rehau
betraut. Die Familienbetriebe sind: die Firma Heinrich Winter-
ling, Porzellanfabrik in Marktleuthen mit 300 Schaffenden,
Gebr. Winterling, Porzellanfabrik mit 400 Werkleuten in
Röslau, Ostsch. Schaller & Co., Nachf., Porzellanfabrik in
Kirchenlamitz mit 250 Arbeitern und Arbeiterinnen, und
Oskar Schaller & Co., Nachf., Porzellanfabrik in Schwar-
zenbach (Saale) mit 380 Tägigen. Die Porzellanfabrik Saas-
dorf G. m. b. H. in Saasdorf ist auch ein Betrieb dieser
Familiengruppe, in ihr sind 75 Personen beschäftigt; insgeamt
beträgt die Arbeiterkopzahl 2450. Die Winterlings haben
ihren Einfluß auch auf Textilbetriebe mit mehreren hundert
tätigen Gewinnbringern und andere wertvolle Besitztümer aus-
gebeutet.

Soweit noch Konzerne in der Porzellanindustrie be-
stehen, sind schon der C. & E. Carlens-Konzern und die
Willeon & Vogt-A.-G. unter „Die Steingutindustrie“ behandelt.

Rechten Endes wäre noch darauf hinzuweisen, daß drei an-
sehnliche Alliengeseilschaften der Porzellanindustrie, nämlich die
Porzellanfabrik Krausenth, A.-G. in Krausenth und die
Porzellanfabrik Tirschenreuth, A.-G. in Tirschenreuth so-
wie die Porzellanfabrik Varenth & Co., A.-G. in Wald-
sassen noch keinen Konzernanschluß suchen und jederzeit den
Konkurrenzkampf bestanden.

Ueber die besondere Machtstellung der Konzerne wird wohl
in weiteren Artikeln geschrieben werden müssen; denn die
organisierten Porzellanarbeiter bedürfen der Aufklärung über
ihre Unternehmen und deren Mächte. Diese Aufklärung soll
nur zeigen, wieweit die Entwicklung der Alliengeseilschaften
schon gebieten ist, welche Stärke die angeschlossen
Firmen in der Porzellanindustrie haben und wie sie sich aus-
behalten und ihren Einfluß vergrößerten.

Deutlich ist daraus zu erkennen: Der Privatbesitz stirbt aus,
er wird vom Großkapital beseitigt.

Edwin Nenninger.

Her mit höheren Löhnen!

Die Unternehmer der feinkeramischen Industrie führen bei
jeder Gelegenheit die Worte im Munde: Wir können keine
höheren Löhne bezahlen, wir sind am Ende unserer Kraft. Sie
wollen sogar, wie sie in Rede und Schrift betonten, statistisch
erfaßt haben, daß der Lohnanteil bei Arbeiterarbeitern um 25
Prozent, bei Zeitlöhnern und insbesondere bei Frauen um 50
Prozent gegen die Friedenszeit vom jetzigen Produkt gestiegen
sei; dadurch betrage der frühere Lohnanteil 30 bis 40 Prozent
und jetzt 50 am Verkaufspreis. Dann wollen sogar die Unter-
nehmer der Deffentlichkeit glauben machen, sie seien mit dem
Steuerabzug vom Arbeitslohn vollbelastet und trügen auch die
sozialen Lasten. Man merkt daraus wieder, im Klagen und
listigen Rechnen sind die armen, armen Unternehmer von nie-
mandem zu übertreffen. Und es muß gesagt werden: Mut
haben unsere Porzellan- und Steingutindustriellen, und zwar
besonderen Mut zum Tauschen der öffentlichen Meinung. Wir
beneiden die Vertreter der Unternehmer deswegen in feiner
Weise und gönnen ihnen diese eigene Gabe. Sie kennzeichnen
unsere Gegenseite und gehört zu ihrem Handwerk, in dem sie
von Jahr zu Jahr eine größere Virtuosität erlangen.

Wir können auf all diese Umjchreibungs- und Ablenkungs-
mittel verzichten, denn die Wirklichkeit kommt uns zu Hilfe und
beweist viel mehr als alle statistischen Zahlen, die ziffernmäßig
teilweise richtig sein können.

Für uns steht die Wirklichkeit nämlich so aus: Der größte
Teil unserer Arbeiter ist im Afford beschäftigt und bekommt
von den Friedensstüdpreisen 50 bis 80 Proz. Da vor allem in
den Rohabteilungen sehr viel alte oder den früheren gleiche
Artikel in viel größeren Mengen gemacht werden, hat sich in
Wirklichkeit der Lohnanteil am Verkaufspreis wesentlich ver-
ringert. In anderen Worten läßt sich die wirkliche Lage der
Dinge so ausdrücken: Dreher bekamen früher für 100 Stück
Teller in dem einen Betrieb, je nach Größe, 83, 75, 70 und 68
Pfennige, jetzt noch 70, 66, 63 und 56 Pf. In anderen Be-
trieben gab es teilweise mehr oder auch weniger, aber die eine
Tatsache blieb für alle: die jetzigen Stückpreise für alle Stapel-
artikel sind niedriger in der Rohherstellung und niedriger in der
Defektion. Das gleiche gilt auch für Qualitätsgegenstände. Dafür
ließen sich Tausende von Einzelbeispielen bringen. Nur
noch einige Hinweise. Wie mögen wohl die Unternehmerbeauf-
tragten das Rechenexempel herausbekommen, wenn für die De-
fektion von Gegenständen früher 9, 15, 18 und 25 Pf. gezahlt
wurden und jetzt nur noch 5,70, 7,80, 9,0 und 13 Pf., daß der
Lohnanteil am Verkaufspreis gestiegen sei? Selbst wenn die
Verkaufspreise auf ihrem Stand von 1914 stehen geblieben
wären, was nirgends der Fall ist, könnte unmöglich das Rechen-
kunststück der Industriellen zahlenmäßig richtig sein. Deshalb
sind Zweifel sehr angebracht. Bei Verhandlungen sind unsere
Vertragskontrahenten der Gegenseite gebeten worden, sie möchten
die Arbeiterorganisation in ihre Berechnungsmethoden Einblick
nehmen lassen; sie haben das abgelehnt und wurden dafür
Gründe haben. Würde ihre Sache stimmen, könnten sie ruhig
die gewünschte Aufklärung geben, aber sie tun es nicht, weil sie
ihre Zahlen tatsächlich nur zu Täuschungszwecken errechnen
sollen.

	1914	1925
Verkaufspreis	68 2/3%	50%
Lohnanteil	33 1/3%	50%

Die Unternehmer behaupten:

	1914	1925
Verkaufspreis	68 2/3%	82%
Lohnanteil	33 1/3%	15%

Die Wirklichkeit steht so:

Die Unternehmerseite rechnet bei ihren Betrachtungen nicht
so wie wir. Sie behauptet, die Arbeitslöhne und die Ange-
stelltengehälter seien in den Fabriken bei Arbeiterarbeitern um
25 Proz. und bei Zeitlöhnern und insbesondere Frauen um
50 Proz. gestiegen. Ihr Bild sieht so aus: Wenn ein Afford-
arbeiter früher 30 Pf. in der Woche verdiente und heute noch
das gleiche, so ist sein Lohn um 25 Proz. gestiegen, weil er ja
nur noch 48 und nicht mehr 60 Stunden in der Woche arbeit-
et. Bei den Frauen und Zeitlöhnern wurden fernerhin die früher
miserablen Löhne noch etwas aufgebessert, und deshalb wird von
den Unternehmern behauptet, der Lohnanteil am Produkt habe
sich gegen früher erhöht. Ziffernmäßig nach den Verdiehlen
im Vergleich zu früher stimmt die Rechnung der Unternehmer;
in Wirklichkeit sind es doch Trugschlüsse.

Am Hand eines Beispiels soll diese Feststellung belegt werden:
Ein Betrieb mit 50 Beschäftigten hatte im Jahre 1914 eine
Wochenproduktion von 2 Defen, und wir wollen annehmen, er
erzielte dafür rund 3000 Pf. Der Lohnanteil daran betrug für
50 Beschäftigte mit 20 Pf. Durchschnittsverdienst 1000 Pf. in
der Woche, also 33 1/3 Proz., wie die Unternehmer ebenfalls
schätzen.

In den Nachkriegsjahren beträgt die Produktion 3 Defen.
Die Lohnsumme ist die gleiche geblieben, weil die Zahl der Be-
schäftigten und die Höhe der Verdienste keine Veränderung er-
fuhr. Für die drei Defen ist demnach eine Lohnsumme von
1000 Pf. nötig. Die Einnahme ist aber wesentlich gestiegen.
Der Lohnanteil würde, selbst wenn nur Friedenspreise von der
Firma für ihr Porzellan genommen würden, nur noch 22 Proz.
ausmachen. Da jedoch die Verkaufspreise wesentlich erhöht wor-
den und im ungefähren Verhältnis zu den Rohprodukten und
Kohlenpreisen stehen, also auf mindestens 150 gegen 100 früher,
so bedeutet das für die drei Defen eine Einnahme von 6750 Pf.
Der Lohnanteil beträgt deshalb nur noch 15 Proz. Er hat sich
demnach im Verhältnis zur Einnahme um mehr als die Hälfte
verringert und bleibt es, selbst wenn sich die sogenannten Be-
lastungen der Betriebe und die Produktionskosten vermehrt
haben sollten, was bei diesem Betrieb fast ausgeschlossen ist,
denn er hat keine Produktion mit den gleichen Anlagen, dem
gleichen Personal ja wesentlich erhöht, insgesamt die Betriebs-
rentabilität gehoben und sein Unterkonto auf ein Minimum
herabgedrückt.

Und ähnliche Betriebsleistungsergebnisse hat die Mehrzahl
der feinkeramischen Betriebe aufzuweisen. Wenn sie nicht in
der Zahl der Defen erkennbar sind, so in den Verhältnissen
und den noch hinzugekommenen Verbesserungen der Qualitäten,
d. h. Erhöhung der Verkaufspreise.

Diese Tatsachen können die Unternehmer durch noch so viele
Zahlenstatistiken nicht aus der Welt schaffen, und wenn sie noch
so viele Täuschungsversuche unternehmen.

Dann kommt noch hinzu: wenn es so wäre, wie die Unter-
nehmer behaupten, daß die meisten Fabriken keine Rentabilität
erwarten lassen, woher stammen dann die Mittel in dem an-
geklagten Jahr der Porzellanindustrie zu Erweiterung-
bauten, in der sogenannten Zeit der Kreditnot, im Jahre 1921,
gerade in der bayerischen Porzellanindustrie? Woher die Ge-
lde zu technischen Betriebsvermehrungen in der Steingut-
industrie? Woher die Kosten zu den ziemlich teuren Um-

stellungen in der Stahl-Schornstein-Fabrikationsgemeinschaft? Und letzten Endes woher die Goldmark zu Fabrikanläufen im Ausland im Frühjahr 1924?

Gaben die Banken die Geschäfte aus eigenem Nutze oder unter Stützung auf die Fabrikanten vornehmungen?

Diese Fragen mag die feinkeramische Industrie erst einmal klar und sachlich beantworten. Und wenn sie es getan hat, soll sie endlich erklären, ob sie noch zu ihren Sammelrunden und Zählungszahlen stehen kann.

Unser Kollegen und Kolleginnen tun nun gut, diese und ähnliche Beispiele aus ihren Betrieben bei Verhandlungen mit den Unternehmern zur Sprache zu bringen und uns darüber berichten. Die Industrievertreter werden um Ausreden nicht verlegen sein; sie werden dieses und jenes zu entkräften versuchen, aber keineswegs damit die Tatsachen aus der Welt schaffen.

Diese sind so, daß daraus hervorgeht: die feinkeramische Industrie ist in der Lage, höhere Löhne zu tragen und Lohnunterstützungen aus der Welt zu schaffen. Wenn sie dazu nicht genug Einsicht aufbringen sollte, wird sie dazu gezwungen werden müssen.

Kollegen und Kolleginnen! Hütet euch dazu!

Legt Rechnung!

(Zum Ruhrkampf.)

Die Reichsregierung hat in der verflochtenen Woche eine Denkschrift veröffentlicht, in der sie den Versuch zur Rechtfertigung der Liebesgabe an die rheinisch-westfälische Schwerindustrie macht. Dabei ist zu beachten, wie die Denkschrift beginnt, daß die ausgeworfenen 720 Millionen Goldmark nur dem Entgelte von Schäden dienen sollen, die Industrie, Handel und Schifffahrt des Rhein- und Ruhrgebietes betreffen und durch die Besetzung verursacht worden sind. Das bedeutet, die Schwerindustrie hat eine bevorzugte Sonderentschädigung ohne Zustimmung des Reichstages erfahren. Die Denkschrift unterscheidet in der Hauptsache zwischen sogenannten Reparationsleistungen und Wiederaufbauleistungen. Mit Reparationsleistungen, die in die eigentliche Zeit des Ruhrkampfes fallen, sind durch Maßnahmen, wie die Mobil- und Stahlfinanzkredite, abgegolten worden. Für die Wiederaufbauleistungen (von Franzosen ausgeübte Schäden, Leistungen der Schifffahrt beim Kohlentransport usw.) übernahm dann das Reich am 21. Oktober 1923 bzw. 27. März 1924 und 1. August 1924 die Verantwortung.

Danach trug das Reich die ganzen Lasten, während die Schwerindustrie unter Verurteilung darauf, daß sie unter den Wiederaufbauleistungen zusammenbräche, die Arbeitszeit verlängerte, die Löhne kürzte und die Preise übertrieb. Es lag also eine offensichtliche Täuschung der Öffentlichkeit vor, der man patriotisches Opfer der Schwerindustrie vorgegaukelte. Wie es aber um diesen Patriotismus stand, erhebt man aus einem Schreiben des verstorbenen Hugo Stinnes (Seite 40 der Denkschrift), in dem er dem damaligen Reichsfürstentum, der die Wiederaufbaukosten des Reiches übernehmen sollte, durch Hinweis auf Sonderverhandlungen mit Franzosen und Belgiern drohte. Das geschah zu einer Zeit, als das Rheinland in Gefahr war, durch Separatisten von Deutschland abgetrennt zu werden. Erst als Dr. Stresemann sich den Forderungen des Herrn Stinnes fügte, kamen dann die ersten Wiederaufbauleistungen am 21. November 1923 zustande, die der Schwerindustrie nichts kosteten. Das muß festgehalten werden.

Auf Grund dieser Abmachungen sind dann die Zahlungen an die Schwerindustrie geleistet worden, die im Dezember 1924 rund 720 Goldmark ausmachten. Am Juni und Juli 1924 traten durch das Reich sogenannte Zählungsaktionen für die Schwerindustrie in Kraft. Sie fielen in jene Zeit, wo die Kredite zur Sicherung der Rentenmark und Sanierung unseres Wirtschaftslivens eingestellt werden sollten. Wenn man bedenkt, daß aber aus den Steuerlasten, aus der Sechshunderte, der Post usw. Hunderte von Millionen neu in den Kreditverkehr flossen, hat man ein seltsames Durcheinander in unserer Wirtschaftspolitik. Es wird also niemanden wundernehmen, wenn Verhältnisse entstehen, die die Industrie verunsichern und verärgern. In diesem Zusammenhang müssen auch die Ruhrbesatzungen betrachtet werden. Die Regierung, die 720 Goldmark an die Schwerindustrie gab, hatte also derselben Grund, Welt und Reichstag, solange es nur ging, dieses Geschäft zu verheimlichen.

Die Rixinfest, mit der die Summen gezahlt wurden, erfüllt die Regierung damit, daß sie so in die Lage kam, statt 200 Millionen zu zahlen. Das klingt überzeugend und harmlos. Ein anderes Bild ergibt sich aber, wenn man berücksichtigt, daß während des Ruhrkampfes der Ruhrindustrie selbst ganz gewaltige Summen zufließen. Neben den Kohlen- und Stahlfinanzkrediten haben die sogenannte Hilfskassen (Sifa), die Kredithilfe für die besetzten Gebiete und die Lohnfiktionsorganisationen reichlich Kredite gegeben, die später mit lumpigen Fiktionsleistungen bezahlt worden sind. Die während des Ruhrkampfes vorgenommenen Ausbauten der Werks beweisen, welche Gewinne der Schwerindustrie zugeflossen sind. Außerdem muß in Betracht gezogen werden, daß die Schwerindustrie über die Besatzungen hinaus, eben in Rücksicht auf die von der Industrie anlässlich der tragenden Maßnahmen. Jetzt stellt sich aber heraus, daß die Meisten, aus deren Steuern die 720 Millionen-Liebesgabe bezahlt wurde, der Industrie, die jene Liebesgabe erhielt, durch überhöhte Preise noch ein Sonderbenefit zu machen gezwungen war, abgesehen von Steuern, die die besetzte Arbeiterkraft durch Verlängerung der Arbeitszeit und Kürzung des Lohnes auf sich nehmen mußte. Man wird sich über die Verhältnisse erst klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Sifa allein 200 Millionen Goldmark an Krediten hergab, und daß der deutsche Kohlenpreis lange Zeit weit über den englischen Kohlenpreis lag, obwohl der Lohn für den deutschen Bergarbeiter nur die Hälfte des englischen Lohnes ausmachte.

Das alles hätte die Regierung bei ihrer Sachverherdung berücksichtigen müssen — und es hätte sich herausgestellt, daß keine 200 Millionen erwartet worden sind. Darum steht auch über diese Zusammenhänge kein Wort in der Denkschrift! Es steht nur, nichts darin über eine Entschädigung der ausgesprochenen Bevölkerung, besonders der Arbeiter, der eigentlichen Ruhrbevölkerung, weil man es für überflüssig hält, sie zu entschädigen.

Es ist selbstverständlich, daß sich das deutsche Volk mit der Darlegung der Regierung nicht begnügen wird. Wir wollen gerade Arbeiter und Arbeiterinnen und fordern von der Regierung eine Darlegung, die Rechnungslegung ist!

Eine feinkeramische Ausbeutungsskizze.

In der feinkeramischen Industrie sind in den letzten Jahren wieder Zustände eingetreten, die aller Beschreibung fähig sind. Das von Sörnewitz berichtet wird, trifft auch auf eine Anzahl anderer Steingutbetriebe zu und muß die Kollegenschaft veranlassen, diesen gesundheitsgefährlichen Auswüchsen scharf entgegenzutreten.

In der Vorkriegszeit hatte man bekanntlich der Arbeiterkraft der Sörnewitzer Steingutfabrik das Koalitionsrecht geraubt. Heute dem Arbeiter, der damals wagte, der zuständigen Gewerkschaft, dem Verband der Porzellan- und feinkeramischen Arbeiter und Arbeiterinnen, beizutreten. Rücksichtslos wurde sich ein Verleger der Hausgeräte auf Pfäster geworfen. Aber es gelang damit, man behandelte die dort Beschäftigten als Sklaven und verlor sie auch noch über den Betrieb hinaus. Durch schwarze Listen sorgte man dafür, daß sich ein Unglücklicher niemals mehr im Beruf Arbeit fand. Uns ist ein Fall bekannt, wo ein Körperlich gebrechlicher, aber aufrechter Arbeiter jahrelang wie ein Stück Woll durch ganz Deutschland,

und schließlich aus Deutschland hinausgehört wurde. Nur ganz wenige Aufrechte verstanden es damals, sich diesem Terror zu entziehen.

Das also Millionen von Arbeitern in der Vorkriegszeit, zum Teil seit Jahrzehnten, als vornehmtes, selbstverständliches Recht galt, das wurde der Sörnewitzer Steingutarbeiter erst durch den Umsturz von 1918 geschenkt. Leider verstand ein großer Teil dieser Kollegen das ihnen nun gebotene Koalitionsrecht nicht zu gebrauchen. Die anschließenden Verbesserungen im Arbeitsverhältnis, die im Gegensatz zur Vorkriegszeit jetzt getätigt werden konnten, wurden nicht als solche erkannt. Die planmäßige Arbeit der Gewerkschaften wurde nicht verstanden.

Verantwortungslos auch Arbeiterführer fanden denn auch sehr bald heraus, daß Sörnewitz für sie ein brauchbares Experimentierfeld darstellte. Sie hatten sich nicht verrecknet. Nur allzu leicht war die Masse der Sörnewitzer Steingutarbeiter dem von den Gewerkschaften zu führenden Wirtschaftskampf zu entziehen. Dieser Kampf war ihnen zu „kleinlich“, sie fühlten Größerem nach; dazu war notwendig, daß alles Bestehende vorher zertrümmert wurde.

Und sie, die Sörnewitzer Steingutarbeiter, haben sich zum Verhängen mißbrauchen lassen. Zuerst haben sie allerdings nur ihre eigene Organisation am Platze zertrümmert, zu weiterem lauge dann die Kraft nicht mehr. Dafür hat sich aber der Gewerkschaft, den vertriehen zu wollen man wenigstens anach, in Gestalt eines Direktors Joscht in Sörnewitz, recht hässlich niederklassen.

Ob ein solches Vorgehen dieses Herrn möglich gewesen wäre, wenn der größte Teil der Belegschaft des Betriebes sich etwas weniger mit den Parolen von politischen Drahtziehern befaßigt hätte, darf wohl bezweifelt werden. Diese Reumalkungen tragen die Schuld daran, daß diesem Herrn Gelegenheiten gegeben wurde, auf Kosten der Arbeiterkraft ein Sparsystem einzuführen, das sich in seinen Auswirkungen für die Arbeiterkraft als höchst gefährlich erwies. Der Begriff Betriebskassen ist diesem Herrn Direktor wohl ein völlig unbekannter. Betrachten wir uns z. B. einmal die Reinigung in diesem Betriebe. Der Herr steht im Grunde, alles und jedes sofort zu erpässen, was nach seinem Grachten der Produktion hinderlich sein könnte. Dreck und Leien es auch die Mengen noch so groß, steht er aber nicht. Stolz steigt er über die großen Schmutzhaufen hinweg. Wird er aber von den Arbeitern direkt auf diese Zustände aufmerksam gemacht, dann lautet die Antwort: „Dazu haben wir kein Geld.“ Na, einmal verurteilt dieser Vorkämpfer bei solcher Gelegenheit die Arbeiter mit der Bemerkung, „deshalb in anderen Betrieben schon lange nicht mehr gereinigt wurde“, zu trösten.

Der § 120a der G.D., der, nebenbei bemerkt, öffentlich-rechtlicher Natur ist, verpflichtet die verantwortlichen Leiter bekanntlich zu bestmöglicher Reinigung der Betriebe. Um zu wissen, daß gerade für die in der feinkeramischen Industrie Beschäftigten eine gründliche Reinhaltung der Arbeitsräume den besten Gesundheitsschutz darstellt, braucht nicht gerade Direktor eines keramischen Werkes zu sein. Stellt es sich aber heraus, daß ein Vorkämpfer nur auf Kosten eines auch nur primitiven Arbeiterdaseins in der Lage ist, einen Betrieb über Wasser zu halten, dann müßte sich ein Leiter von Vorgesetz wegen seines Postens entheben werden können.

Eine solche Reinigung kennt man gerade in den gesundheitsgefährlichsten Arbeitsräumen, wie z. B. in der Dreherei, überhaupt nicht. Wesentlich zweckmäßiger läßt man die Säle leeren. Dabei vermeidet man aber ängstlich, daß der Dreck aus den Winkeln hervorgeholt wird. Nur die Mitte des Saales wird vom Beauftragten der Firma geleert. Der im Alford arbeitende, jede Minute aufzukommende Dreher soll hier die Hauptreinigung selbst vornehmen.

In der Glasfabrik wird in Reihena gearbeitet. Auch hier ist das Arbeiten bekanntlich gesundheitlich sehr gefährlich und die Arbeiterinnen, die sich dessen bewußt sind, wollen sehr gern selbst reinigen, doch sollen sie sich dann das notwendige Reinigungsmaterial selbst zuleiten. Zu dem Kapitel der Sauberkeit gehören wohl auch die vor noch nicht langer Zeit auf Anwendung der Gewerkschaften in den Arbeitsräumen aufgestellten Sprinkler. Jedenfalls in der Annahme, daß die Leistung eines Betriebes, in dem ja solche der Arbeiter dienenden Gegenstände selbst angefertigt werden, nicht eine besondere Gebrauchsanweisung dafür bedarf, um endlich die ersten dies. Dem würde der Aufsichtsbefehl nach einer in der Glasfabrik unternommenen vorläufigen Revision dem Herrn Vorkämpfer wohl verraten, daß in solchen Sprinkler Wasser gefüllt werden muß, wenn er seinen Zweck verrichten soll. Uebriens wird uns übereinstimmend von mehreren Seiten berichtet, daß dieser Herr Direktor für seine Person einen Sprinkler nicht gebraucht.

Nochwendig wird auch sein, daß von der Aufsichtsbefehl die zur Verarbeitung kommende Glasur auf ihren Gehalt untersucht wird. Auf Grund der vollständigen Nichtbeachtung der Verordnung vom 27. 1. 1920 müssen wir allerdings annehmen, daß sich Sörnewitz von der gesundheitlichen Glasur emanzipiert hat. Sollte dies nicht der Fall sein, dann ist das Sparen an Arbeitsmitteln für die Glasurarbeitern geradezu unverantwortlich zu nennen. Von 27 in der Abteilung Beschäftigten haben nur vier das Wechsel, einige haben gar keinen Arbeitsmann.

Daß bei solch einer Einstellung der Werkleitung die Vorkriegsverhältnisse ebenfalls unhaltbar sind, ist nicht zu verwundern. Hier sei nur auf die Unkennbarkeit der Glasur verwiesen. Hier sind ja auch die männlichen Arbeiter mitbeschäftigt; für die weiblichen Arbeiter besteht aber keine Gelegenheit, sich in der vorhandenen Garderobe umzuwickeln, weil sie dazu viel zu klein ist. Was Gelegenheit besteht hier natürlich auch nicht.

Abwesenheit wäre wohl durch zehn Bräusen gegeben, doch ist auch hier niemand zum Reinigen vorhanden, so daß diese notwendige Einrichtung ihren Zweck ebenfalls verfehlt. Circa 20 Mann, Brenner usw., sind in diesem Betrieb auf ein solches Bad angewiesen, und trotzdem ist nicht eine Wanne vorhanden.

Wir wollen hier auf eine weitere Berichterstattung verzichten. Eine der Aufsichtsbefehl wird es sein, Sorge zu nehmen, daß ihren Anweisungen zeitlos Nachachtung getragen wird. Die Betriebsleitung hat sich seit langem gegen die gesundheitlichen Mängel gewandt und ihre Beseitigung gefordert. In der Vorkriegszeit hat es, daß man glaubt, ihre Forderungen mit sich zu können. Wie auf dem hiesigen Gebiet, so hat es auf anderen Gebieten des Arbeitsverhältnisses ebenfalls gelangt.

Kollegen von Sörnewitz! Ihr erntet jetzt die Früchte eurer Verwahrung zum Jahre 1923. Viele anderer Kollegen haben auch diese Zustände schon damals prophezeit. Jetzt laßt man aber genug sein des grausamen Spiels, jetzt eurer Werkleitung, daß ihr gewillt seid, ihrem Herren-im-Hause-Standpunkt ein Ende zu machen. Nicht durch Anwendung roher Gewalt wird dies aber gelingen, sondern nur durch einen reiflichen Wiederaufbau des Betriebs in der Porzellanarbeiterverbände.

Von der Keramikindustrie.

Konkurrenz. Die Porzellanfabrik Kirchlamitz, G. m. b. H. in Kirchlamitz, sowie die Porzellanfabrik Lubowitz, Sauer & Co., G. m. b. H. in Lubowitz, haben den Konkurs angefragt.

Deutsche Porzellanfabrik. Nach Mitteilungen von Dr. A. Böllner haben Bestrebungen, aus deutschen Materialien eine deutsche Porzellanfabrik zu erzeugen, gewisse Erfolge erzielt. Die Porzellanfabrik in Selb mit ihrem Forschungsinstitut ist aber weiter bemüht, noch bessere Ergebnisse

zu erzielen, um eine erstklassige, gleichmäßige deutsche Qualitätsmasse zu erreichen.

Die Porzellanfabrik Kirchlamitz, G. m. b. H. in Kirchlamitz verteilt auf Vorschlag des Aufsichtsrates 7 Proz. Dividende auf das Goldkapital von 400 Mark = 28 Mark pro Aktie, abzüglich Steuer. Das Jahr 1924 war für diesen Betrieb demnach kein Rosjahr, er kam ganz gut über die schlimme Zeit hinweg. Wenn nur die Arbeiter von sich das auch sagen könnten.

Aus unserem Beruf.

Zur Lohnfrage.

Die Löhne der feinkeramischen Arbeiter sind zu niedrig. Diese Tatsache wird jeder Arbeiter und jede Arbeiterin bestätigen. Aber wie nun eine Minderung herbeiführen? Die einen bilden sich ernstlich ein, sie brauchen nur an die Zentralleitung oder die Verhandlungskommission ihre Forderungen von 25 bis 40 Prozent Lohnaufbesserung einzureichen mit dem Verlangen, diese Erhöhung unbedingt durchzusetzen. Damit ist für diese Art Forderungen die Lohnfrage erledigt, abgesehen von der Schimpferei, die sie anstellen, wenn nichts oder nicht viel bei Verhandlungen herauskommt. Andere wieder betrachten die Dinge von ihrem persönlichen Standpunkt. Sie sagen sich: Wir sind organisiert, da muß der Verband (in diesem Fall der Hauptverband) für uns sorgen. Diese Art bringt vielleicht 60-70 Prozent in der Woche und verlangt dafür entsprechende Mark Lohnerhöhung, ohne sonst weiter den Finger zu rühren. Dann gibt es Kollegen und Kolleginnen, die mit einem gewissen Neid auf die Spitzenbediensteten der Nachbarbetriebe blicken und nun von der Verhandlungsleitung verlangen, daß auch für sie derartige Einkommen herausgeholt werden.

Aber alle die mit Recht unzufriedenen Arbeiter und Arbeiterinnen lassen die Lohnfrage nicht richtig an. Einmal soll ihnen nicht etwa ein Vorwurf gemacht werden, daß sie ihre Forderungen ihrer Zentralstelle unterbreiten. Das geht nicht. Aber einfach zu verlangen, daß nun die Verhandlungskommission auch die Wünsche zu erfüllen hat, geht etwas zu weit, weil diese nur soviel Macht in der Hand hat, als ihr die Verbandsmitglieder geben. Es wird ganz vergessen, daß im großen Rahmen für eine so vielfältige Industrie wie unsere mit ihren hunderttausend Arbeitsverrichtungen nicht für jede Tätigkeit die höchste Entlohnung tariflich festgelegt werden kann. Für eine hauptsächlich Alfordindustrie wie unsere kann tariflich nur eine Lohngrundlage mit einer untersten Grenz geschaffen werden, die jede Belegschaft je nach ihren betrieblichen Verhältnissen mit Hilfe der Organisation weiter aufbauen und regulieren muß, wie es die Leistungen und sonstigen Verrichtungen bedingen. Deshalb sind ja auch im Reichsmanteltarif und im Lohnarbeitsvertrag in der Bestimmung bestimmt.

In diesem Rahmen ist also eine unterste Grenze gegeben mit ausdrücklicher Freiheit nach oben, die Beweglichkeiten gestalten, wie sie unbedingt notwendig sind. Und die damit erzielten Erfolge lassen erkennen, daß auf dieser Basis manches herausgeholt werden kann, was bei einer Bindung nach oben sonst nicht möglich wäre. Freilich ist das nur in den Betrieben möglich, wo die Kollegenschaft ihre Vertragsrechte wahrzunehmen in der Lage ist; allort, wo Gleichgültigkeit und Unkenntnis vorherrscht, begnügen sich die Belegschaften oder die zurückgebliebenen Abteilungen nach den Wünschen der Unternehmer, ohne auch nur gegen diese zu murren. Und es gibt Unternehmer oder deren Vertreter, die die Unmöglichkeit der Arbeiterkraft unter sich geschickt auszunutzen wissen. Sie freuen sich an dem Streit und dem Neid der sonstigen Arbeiter und der Nachbarbetriebe, und führen ihn schließlich noch, weil sie als lachende Dritte beiseite stehen können und nicht bezahlen brauchen.

Alle Forderungen müssen sich klar sein, daß die Erringung höherer Löhne, die zum menschlichen Auskommen in der jetzigen teuren Zeit dringend nötig sind, nur durch erbitterte Kämpfe jedes einzelnen Gliedes bei allen passenden Gelegenheiten und des Gesamtverbandes möglich ist, und daß dafür Opfer unter Umständen Jahre hindurch gebracht werden müssen. Die Verbände sind keine Automaten, in denen oben einige Wochenbeiträge hineingeworfen und sofort unten die Lohnforderungen und sonstigen Wünsche erfüllt herauskommen.

Nur Opferbereitschaft, Häßlichkeit, persönlicher Mut, gemeinsames Streben und zielbewußter Wille bringen uns in gewerkschaftlichen Dingen vorwärts. Das muß bedacht werden, um keine Täuschung zu erleben.

Aber alle Schwierigkeiten dürfen nicht davon abhalten, weiterzukämpfen.

Drum macht allerorts die Unternehmer aufmerksam, daß ihr nicht mehr mit euch spielen laßt und euer Recht verlangt, Kollegen und Kolleginnen.

Berlin-Charlottenburg. Wegen Differenzen in den Berliner Porzellanmanufakturen ist Zugang streng fernzuhalten.

Eisenberg. So mancher alte Porzelliner wird die Wahrnehmung gemacht haben, wenn er auf seiner Wanderschaft Eisenberg berührt oder hier arbeitete, daß hier ein gut organisierter Stamm Gewerkschafter sitzt, der darauf hielte, daß sich hier kein Unorganisierter breitmachen kann, oder daß innerhalb unserer Gewerkschaft eine Zersplitterung einreihen konnte. Die Unternehmer haben schon vor dem Kriege daran gearbeitet, dieses feste Bollwerk der Organisation zu schwächen. Sie scheuten schon vor dem Kriege nicht davor zurück, die Funktionäre unserer Gewerkschaft zu maßregeln und auf die Straße zu scheuchen. Eisenberg war und ist heute noch in den Kreisen der Unternehmer der Ort, der auf der schwarzen Liste mit an der Spitze steht. Aber den Herren der hiesigen Porzellanindustrie und speziell den feinkeramischen sei gesagt: Ihr sollt euch an der Eisenberger Porzellanarbeitergewerkschaft eure Mitkämpfer schon ausbilden. Vor einigen Wochen übermittelten sie ihren Betriebsräten ein Schreiben, diktiert von Herrn Dr. Rodt, in Form eines Ultimatums, worin sie verlangten, die bestehende Arbeitsordnung so zu ändern, daß die 14-tägige Kündigungsfrist unwirksam wird in die einjährige. Daß dazu natürlich eine Verhandlung mit den Betriebsräten nötig ist, hatten sie in ihrem Eifer ganz vergessen. Und so mühten sie sich schon bei den ersten Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß in Gera gefallt lassen, daß die Angelegenheit auf Grund unserer Einwendungen durch den Kolonnenleiter Hoffmann verlagert wurde. Das war diesen Herren sehr unangenehm, aber noch unangenehmer berührte es sie, daß der neugebaute Chef, der Mitinhaber der Firma Bremer & Schmidt, so gründlich daneben gehauen hat. Dieser Betrieb hatte nämlich noch gar keine Arbeitsordnung und wollte auch eine Minderung derselben. Wir möchten Ihnen raten, Herr Dr. Schmidt, studieren Sie in ihrer freien Zeit recht sorgfältig die Gewerbeordnung und das Reichsrecht, wenn Sie sich als Chef ausprägen wollen, damit Sie sich nicht wieder so blamieren wie in Gera. Dieser Herr dachte nämlich, weil er keine Arbeitsordnung hatte, daß das für ihn die einjährige Kündigungsfrist schon gilt, er mußte sich aber vom Schlichter den Hinweis auf die Gewerbeordnung gefallen lassen. Also in Zukunft, Herr Doktor, etwas vorsichtiger, denn wir Arbeiter sind keine Stuhldiener, aber gute Kenner der Arbeitsgesetze. Bei der acht Tage später erfolgten Verhandlung wiesen wir nun darauf hin, welche Wirkung die einjährige Kündigungsfrist in unserer Branche hat, daß sie technisch unmöglich ist, wenn der Betrieb keinen Schaden erleiden soll. Aber all unsere sehr sachlichen Einwendungen blieben unausgehört und so fällte der Schlichter einen Spruch, der uns die dreitägige Kündigungsfrist brachte. Es sind erst einige Jahre her, wo der Inhaber der Firma Hoffmann, Herr Geyer, vor dem hiesigen Gewerbeamt darauf hinwies, daß wir in unserer Branche unbedingt die 14-tägige Kündigungsfrist festlegen müßten. Und heute läßt sich dieser Mann von Herrn Dr. Rodt das Gegenteil aufbürden. Herr Schiller, der Mitinhaber der Firma Wilhelm

Gewerkschaften und Steuerfrage.

Die Spitzenverbände der drei gewerkschaftlichen Organisationen übermitteln uns folgende Rundgebung:

Die steuerliche Belastung der breiten Massen schreitet von Monat zu Monat weiter fort. Au Lohn- und Gehaltssteuer wurden im Monat März des vorigen Jahres 71 Goldmillionen Mark erhoben. Im Juni waren es schon 96 Millionen, im Oktober 114, im November 119, im Dezember des vorigen Jahres und im Januar 1925 sind es jetzt 126 Goldmillionen Mark gewesen! Wie von uns vorausgesetzt, ist die Erhöhung des steuerfreien Lohnbeitrages von 50 auf 60 M. monatlich an den Reichseinnahmen spurlos vorübergegangen.

Die Einkommensteuer hat im Januar den ungeheuren Betrag von über 200 Millionen Goldmark ergeben. Die Einkommen in Höhe von 52 Millionen Mark für den jüngst vergangenen Monat sind rund 30 Proz. der veranschlagten Jahreseinnahme!

Der Reichsregierung ist ihre Liebesgabenpolitik zugunsten der Ruhrindustriellen nur durch eine beispiellose und ohne jede soziale Rücksicht vorgenommene Belastung der breiten Massen des Volkes möglich geworden.

Jetzt hat die Reichsregierung durch sieben neue Gesetzesvorlagen die „Steuerreform“ angekündigt. Eine Durchführung der Entwürfe ergibt, daß sie auf eine ständige Begünstigung des Besitzes abzielen. Man spricht von einer sogenannten vereinfachten Veranlagung für die Einkommen- und Vermögenssteuern, die Staffelung soll für die großen Vermögen und Einkünfte günstiger werden als bisher, die Vermögensbewertung der Landwirtschaft möchte man durch ein besonders landwirtschaftsrechtliches Organ vornehmen, die Kapital-Verkehrssteuern werden auf den Friedensstand herabgedrückt, die Erbschaftsteuer bleibt in ihrer vollen Minderhaftigkeit bestehen — das sind die Steuerreformpläne der Regierung! Soweit zu ihnen bisher schon die Vorschläge gegeben worden sind, zeigen sie von Entschuldigungen darüber, daß den Besitzenden im vergangenen Jahr eigentlich zu viel Steuern abgenommen worden seien, obwohl unbestreitbar besteht, daß die Besitzenden in erheblichem Umfang auf die breite Masse abgewälzt wurden.

Die Regierung wagt es, den Arbeitnehmern als einzige Erleichterung ihrer steuerlichen Last anzubieten, daß derjenige, der mehr als vier Kinder ernähren muß, für das fünfte und jedes weitere Kind in Zukunft 2 Proz. statt 1 Proz. in seiner Steuerrechnung einsetzen darf. Da die Regierung in ihren Entwürfen und auch bei deren Begründung nicht einmal von einer Herabsetzung der Umsatzsteuer gesprochen hat, so ist anzunehmen, daß sie glaubt, durch späteres Entgegenkommen auf diesem Gebiet den Volksprotest ablenken zu können.

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände erheben hiermit lauten Protest gegen diese Steuerreform zugunsten der Besitzenden. Sie verlangen schon heute, daß die Reichsregierung endlich auspricht, wie sie die Mehrkosten für die von vielen Parteien verlangte erhöhte Aufwertung auszubringen gedenkt. Der Finanzausgleich mit den Ländern besteht aus einem Provisorium, das in sechs Wochen abläuft. Die Reichsregierung bringt es fertig, dennoch zu schweigen.

Wir müssen die Regierung daran erinnern, daß das auch von ihr anerkannte Dawes-Gutachten die Art der notwendigen Steuerreform klar umrissen hat. Dort heißt es,

„daß die reicheren Klassen in Deutschland in den letzten Jahren von dem in Kraft befindlichen Steuersystem nicht in angemessener Weise entlastet worden sind, wobei in einem Maße, das sich mit Rücksicht auf die Verteuerung der arbeitenden Klassen rechtfertigen würde, noch in einem Maße, das mit der Belastung der reicheren Klasse in anderen Ländern vergleichbar wäre.“

Wo bleibt die Versteuerung der Inflationsgewinne? Wann beginnt die Rückzahlung der Ruhrverdienste? Es muß die Lohnsteuer weitgehend erleichtert werden!

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände haben ihre Stellung zur deutschen Steuergegebung schon einmal ausführlich begründet. Diese Verhandlungsergebnisse sind auch dem damaligen Finanzminister und augenblicklichen Reichsfinanzminister, Herrn Dr. Luther, übermittelt worden. Das gleiche geschah im Zusammenhang mit dem Sachverständigengutachten. Damals ist betont worden, daß die Gewerkschaften nicht zu assen könnten, daß die reicheren Klassen Deutschlands sich etwa nur deswegen den Vorschlägen fremder Mächte unterwerfen, weil sie glauben, bei der Verteilung der Kosten im Innern stark genug zu sein, um sie auf andere abzuwälzen.

Wir verlangen von der Reichsregierung eine Steuerpolitik, die nicht zuerst den Bedürfnissen der Besitzenden, der Industriellen und Agrarier, sondern den Lebensnotwendigkeiten der breiten Masse des Volkes entspricht.

Die Steuerpolitik, wie sie jetzt getrieben wird, liegt auf einer Linie mit der Schutzollpolitik, die von der deutschen Schwerindustrie bei den Handelsvertragsverhandlungen immer sichtbar durchgeschaut, von einer kleinen aber mächtigen Schicht der Großgrundbesitzer gedeckt und durch die verarbeitende Industrie, die heute in einem Hörigkeitsverhältnis zu den Rohstoffbesitzern steht, gebildet wird.

Wirksamer Untergrund und politische Reaktion vereinigen sich, um die Konsumkraft der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der breiten Masse des Volkes, das letzte Fundament unserer Wirtschaft, zu untergraben.

Wir fordern unsere Mitglieder auf, zur Abwehr zu rücken!

Die Bundesvorstände des ADGB, der AFl. und des ADB.

tete, Streikende hätten ihren Kollegen die Fortspolizei auf den Hals geschickt. Brieflich zur Rede gestellt, verweigerte die gegenwärtige Verwaltung, trat aber auch den Wahrheitsbeweis nicht. Wenn es von ihm nicht nachgeholt wird, muß sich die gefallene lassen, daß er seiner Haltung gemäß einsteht. Und nun gibt es zu unteruchen, ob nicht auch die Arbeiter selbst mit Schuld an dem unmenslichen Auftreten des Unternehmertums sind, ob sie die Freiheiten, die der Novembersturm ihnen gebracht hat, ausgenutzt und verteidigt haben. Und da wird wohl bei dieser Untersuchung einmal mit angeführt werden müssen, daß die Kollegen zu sehr an die Freiheit gedacht haben, die sie meinen, und nicht an die wahre Freiheit, die in der Unterordnung des einzelnen unter den Willen der Gesamtheit besteht. Ohne Zusammenfassung der gleichartigen Kräfte gibt es nun einmal im Leben nichts Ganzes, ist eben alles nur Flickwerk. Und in den Zusammenfassungen der Arbeiter, der Arbeiterorganisationen, können eben auch keine anderen Naturgesetze existieren. Und diese Gesetze besagen, daß in jedem Organismus jeder Teil seine bestimmte Funktion hat. Wenn diese Funktion nicht ausgeübt wird, ist der Organismus eben krank und kann seine ihm zugewiesene Tätigkeit hier im Gesellschaftsleben nicht zu aller Zufriedenheit ausüben. Was in dieser Beziehung das Organisationsleben innerhalb der hiesigen Arbeitsstelle betrifft, muß eben leider konstatiert werden, daß der Organismus krank. Da aber wiederum ein Organismus durch die Auscheidung der kranken Teile wieder gesund und auch aktionsfähig erhalten werden kann, muß man sich eben auch einmal in der Arbeitsstelle mit dieser Frage befassen. Ob allerdings mit einer kleineren Zahl Mitglieder die Aufgaben des Unternehmertums auf die Rechte der Arbeiterkraft ebenso abgewendet werden können, als wenn eine große, starke, in sich eine Arbeitsstelle dahinter steht, können die Mitglieder selbst beantworten. Und was mit den ausgeschiedenen kranken Teilen wird, die in der Natur dann im allgemeinen hin und her geworfen, nirgends Schutz und Unterkunft finden und schließlich zugrunde gehen, im gesellschaftlichen Leben aber als Parasiten bezeichnet werden, darüber sollten die Arbeiter einmal in einer stillen Stunde gründlich nachdenken.

Tischschloßwache. Der Verbandsvorstand unserer tschechischen Brudergemeinschaft hat beschlossen, am 30. 31. Mai und 1. Juni 1925 (Wohnsitzort) seinen zehnten ordentlichen Verbandstag in Altröhlau (Arbeiterheim) abzuhalten. Acht Tagesordnungspunkte sind zu erledigen. Auf 400 Mitglieder entfällt ein Delegierter, deren insgesamt 30 in Frage kommen.

Streiks und Sperrn. Die Porzellanfabrik S. Wehinger & Co. in Horn und Scalessen ist für alle Arbeiter gesperrt. — Die Porzellanfabrik Theodor Kohl in Schachlar ist für Isolatorenstreicher gesperrt. Bezug ist fernzuhalten.

Berichtungsberichte.

Berlin-Charlottenburg. Die diesmalige Arbeitsstellenversammlung fand in Form eines Unterhaltungsabends statt. In der Eröffnungsrede gedachte der 1. Vorsitzende in schlichter Weise unserer dahingegangenen Arbeitsbrüder der Reihe „Minister Stein“, welche ein Opfer ihres Berufes wurden. Die Versammlung ehrte die Toten durch Erheben von den Plätzen. Da die Tagesordnung mit Zustimmung der Versammlung übergegangen wurde, so wurde anschließend mit dem Unterhaltungsabend begonnen. Für den musikalischen Teil des Abends sorgten die Kollegen Kühn und Schumann von der Manufaktur. Kollege Fielich von der Manufaktur erkundete als Bariton durch den guten Vortrag von Liedern von Böwe, aus Opern von Wagner und Döring und eines selbst verfertigten Scherzes: „Das violette Temperament.“ Die Festrede hielt der alte Genosse Hildesheim. Er schilderte in kurzen, klaren Worten den Wert der Organisation für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Arbeiterklasse. Nur ein Zusammenhalten der gesamten Arbeiterkraft wirkt mitbestimmend in der Sozialgegebung und im Arbeitsrecht und Arbeitsverhältnis. Der reiche Beifall zeigte die Übereinstimmung mit der Hörerschaft. Nach der Festrede brachte die Kollegin Fräulein Ringel „Lied ohne Worte“ von Tschaikowski

und ein Menuett von Mozart zu Gehör, wofür sie ebenfalls den verdienten Beifall erntete. Dann ging es zur Fabeltas über, wobei auch das Tanzbein ein wenig auf seine Kosten kam. Allen Kolleginnen und Kollegen, die uns den Abend verschönern halfen, sei hiermit bestens gedankt.

Dresden und Umgegend. Am 17. Februar war die Dresdener Mitgliedschaft unserer Zählstelle nach dem Volkshaus zur Entgegennahme des Jahresberichtes vom Jahre 1924 geladen worden. Der Bericht wurde vom Kollegen Uhlmann gegeben. Ausgehend von den Auswirkungen des Inflationsjahres 1923, zeigte er an der Hand der tatsächlichen Verhältnisse, daß die Arbeiterkraft der Gewerkschaften. Noch nie sei die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen so deutlich illustriert worden, wie in dem nunmehr hinter uns liegenden Jahre 1924. Zu Beginn des Jahres sehen wir in allen Industriezweigen das Bestreben der Unternehmer, die durch die Inflation herbeigeführte finanzielle Ohnmacht der Gewerkschaften für sich auszunutzen. Die mit der Erhebung der aus dem Arbeitsverhältnis heraus sich entwickelnden Streitfragen beauftragten behördlichen Instanzen verstanden ebenfalls, diesem Schwachzustand der Gewerkschaften Rechnung zu tragen. Die Umstellung der Papiermark auf Goldmarklöhne war auf der ganzen Linie ein großer Raubzug auf die Taschen der Arbeitnehmer. Noch nie hatte die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft Deutschlands einem solchen Beginn so kampfunfähig gegenübergekommen, wie Anfang 1923 und 24. Und was sehen wir heute? Nach Verlauf nur eines Jahres sind unsere Organisationen wieder zu einem wichtigen Faktor im Wirtschaftsleben geworden, dem unbedingt Rechnung getragen werden muß. In der Hand der Entwicklung des Lebenshaltungsindezes und unserer Tariflöhne zeigt der Arbeiter, daß auch unsere Organisation Anteil an diesem Wiedererstarben hat. Leider kann nicht berichtet werden, daß die Verdienstmöglichkeit unserer Kollegen im Bezirk im selben Maße gestiegen wäre, wie die Tariflöhne. Wir erkennen daraus die Abhängigkeit der Unternehmer, den letzteren den Charakter von Normallöhnen zu geben. Solchem Unterfangen entgegenzutreten, haben aber gerade wir vom Dresdener Bezirk aus alle Veranlassung. Mit immer größerem Nachdruck müssen wir verlangen, daß endlich unseren berechtigten Wünschen nach Berücksichtigung unserer hiesigen wirtschaftlichen Verhältnisse bei den Lohnverhandlungen durch besondere Zuschläge Rechnung getragen wird. Kollege Uhlmann läßt dann einige besonders markante Bewegungen des vergangenen Jahres Revue passieren, um anschließend den Kollegen von dem gegen die Firma R. & B. geführten Streik eine Bilanz vorzulegen. Das Entscheidende für uns ist aber, feststellen zu dürfen, daß die während der Dauer und auch beim Abbruch des Streikes sich so glänzend bewährte Disziplin auch jetzt anhält. Keine Ermüdung, sondern ein eifriges Rufen, sehen wir bei den im Kampf stehenden Kollegen. — Der Arbeitsstellenfrage mußte im Bezirk ebenfalls gedacht werden. In allen zu unserem Bezirk gehörigen Betrieben haben es unsere Kollegen im Berichtsjahr verstanden zu verhindern, daß die durch die vorliegenden Arbeitsstellenfrage gegebenen Möglichkeiten zu Leberrückfällen von den Werksleitungen dazu benutzt wurde, die Arbeitszeit generell zu verlängern. Bei dieser Gelegenheit muß leider auch festgehalten werden, daß es unter den Brüdern heute noch Kollegen gibt, die dem Arbeitsstellenfrage vollständig verständig sind, gegenüber stehen. — Zur Bewältigung der Arbeitsstellenfrage sind 31 Verwaltungsräte und Kommissionsmitglieder und 25 Vertrauensmännerversammlungen notwendig. Mitgliedsversammlungen wurden 28, Betriebsversammlungen 21 und Branchenversammlungen 34 abgehalten. Verhandlungen machten sich 70 notwendig. Vertretungen vor dem Gauschiedsamt, Gewerbeamt und Arbeitsstellenamt wurden 16 abgenommen. Hierzu kommen 39 weitere Sitzungen und Versammlungen, die veranlaßt durch den Streik bei R. & B. (16), für den Gau (4) und mit anderen Körperlichkeiten (19) sich notwendig machten. Neben diesem Außenbetrieb erfordert die Verwaltung noch die Erledigung von 2046 Postausgängen. Zum ersten Male in der Nachkriegszeit haben wir auch wieder versucht, durch Veranstaltung eines Kurses für Betriebsräte und Vertrauensleute,

sagen, war ja offen und ehrlich; er ging mit der Farbe heraus, warum die Verberung sein sollte, er wird es aber auch schon bereit haben, daß er die Erklärung abgeben hat. Herr Schiller hat nach, daß im vergangenen Jahr seine Belegschaft nicht mehr als fünfmal die Betriebe ohne Kündigung verlassen habe, und dafür müßten sie sich in Zukunft schämen. Sie brauchten die einjährige Kündigung als Schutzmaßnahme, um einen wirtschaftlichen Kampf gegen die Arbeiter führen zu können. Dieser Ausspruch ist sehr bezeichnend gewesen und müßte dem Schlichter etwas mehr zu denken gegeben haben. Wir wollen die fünf Fälle nicht aufzählen, warum die Belegschaft fünfmal streiken mußte in einem Jahr, aber eins erklären wir, daß der Arbeiterrat sich die größte Mühe gegeben hat, jeden Konflikt zu vermeiden. Es waren alles nur Kleinigkeiten, um die es sich drehte, aber diese Herren versuchten eben wie immer, ihren Herrenstandpunkt durchzusetzen. Wenn auch Herr Schiller manchmal etwas zugänglicher war, so scheiterte es wieder an einem Mitinhaber Singer. Bei diesem weiß man überhaupt nicht, mit wem man es zu tun hat. Mehr Worte über ihn zu verlieren, halten wir für zwecklos. Der letzte Streikfall muß aber geschlichtet werden. Die Firma, die stets erklärte, sie müßte sich streng an den Tarif halten, hatte im Februar v. J. ihren Heimarbeiterinnen einen Lohnabzug von 18—23 Proz. gemacht. Die Sache wurde an das Gauschiedsamt weiter gegeben, konnte aber dort nicht mehr geregelt werden, weil es nicht lagte. Trotz mehrmaliger betrieblicher Verhandlungen war die Firma von ihrer tarifwidrigen Handlung nicht zu überzeugen, und so traten die Heimarbeiterinnen im Oktober in den Streik, dem sich nach einigen Wochen die ganze Belegschaft anschloß, weil die Firma weiter auf ihrem absonderlichen Standpunkt beharrte und außerdem der Lohnschiedspruch unbefriedigend war. Also nicht aus Mangel an Willen, sondern vor allen Dingen wegen des tarifwidrigen Verhaltens. Das beweist aber auch der neueste Fall, bei dem die Firma sich als unschuldiges Pöbel anstellt. Ein Buntmaler, der seit 1913 im Betrieb beschäftigt ist, ist schon seit Jahren Mitglied der Kreiskommission und hat als solches, was sich ja jeder denken kann, schon manchen Tanz mit der Geschäftsleitung gehabt. So war es auch jetzt wieder. Die Kreiskommission wurde wegen eines Defekts vorkellend, wurde aber gar nicht erst vorgelassen, sondern die Buntmaler erhielten den Bescheid, wer es für den Kreis nicht machen will, soll vorantommen und seine Papiere holen. Eine Frechheit und Dreistigkeit! So, wie man keine Worte mehr zu verlieren braucht. Es kam nun nachmittags nochmals mit Herrn Schiller zu Auseinandersetzungen, in deren Verlauf Herr Schiller in jeder Hinsicht ungenügend war. Maler ausbrüllte, der dann infolge seines gleichen Entgegenkommens darauf fristlos entlassen wurde. Auf der einen Seite Beschwerde, daß die Arbeit ohne Kündigung verlassen wird und auf der anderen Seite werden die Arbeiter provoziert und fristlos entlassen. Wir empfehlen deshalb Herrn Schiller, sich in Zukunft doch etwas anständiger Umgangsformen anzueignen, auch wenn man in der Erregung ist, und dabei kann er sich vor allen Dingen den 55 des Mantelgesetzes genau ansehen, der doch vorsieht, daß ein Mitglied der Kreiskommission wegen seiner Tätigkeit nicht zu entlassen ist. Auf weitere Einzelheiten einzugehen, erübrigt sich, aber wir appellieren an unsere Mitglieder, auch weiterhin ihrer Organisation das Vertrauen zu setzen, denn diese haben den Kampf mit den Unternehmern im Betrieb zu führen und sind ihrer Willkür am ersten ausgesetzt.

Der vorstehende Bericht beleuchtet zur Genüge das Verhalten der Unternehmer, welches darauf abzielt, die führenden Kräfte aus den Betrieben zu entfernen, um dann ein leichteres Spiel mit der Belegschaft zu haben. Wir empfehlen deshalb arbeitenden Kollegen, Arbeitsangebote nach hier zu unterlassen und um Eisenberg einen großen Bogen zu machen. Jeder Zugang nach hier ist unbedingt zu unterlassen. Auskunft erteilt jederzeit die örtliche Verwaltung.

Also Kollegen, meißet Eisenberg!

Reitall-Bottschappel. Die bei der Firma Sächsischer Porzellanfabrik von C. M. Thieme (Inhaber: Gebr. Kunisch) bestandenem Lohnabzügen sind beigelegt.

Marktrebwig. Unser Gauleiter für Bayern, Kollege Herrn. Bredow, dem gegenwärtig eine schwere Krankheit an der Ausübung seiner Tätigkeit hindert, konnte am 17. Februar auf seine jährliche Verbandszugehörigkeit zurückblicken. Die Gauleitung gratuliert dem Kollegen Bredow zu diesem feinen Jubiläum und wünscht ihm recht baldige Genesung. Verbandsbüro und Redaktion schließen sich dem an.

Reichenbach. Es ist notwendig, innerhalb unserer Zählstelle einmal einen Blick und Ausblick zu halten. Die Vorgänge in den letzten Jahren stehen etwas in Widerspruch zu dem, was die ersten Jahre nach der Revolution erhoffen ließen. Auf die allgemeinen Krisenereignisse innerhalb der Arbeiterbewegung einzugehen, wie sie z. B. die Inflation, Reichswehrbesetzung, die heutige Thüringer Ordnungswirtschaft, der Richtungsstreit innerhalb der Gewerkschaften usw. gebracht haben, erübrigt sich und es soll der Zweck dieser Zeilen nicht sein, all diese Erscheinungen zu beleuchten. Nur die Spruchpolitik der Schlichtungsinstanzen soll mit erwähnt werden. Friedrich Engels sagt in seinem Buche „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“: „Das Verhältnis des Fabrikanten zum Arbeiter ist kein menschliches, sondern ein ökonomisches. Der Fabrikant ist das Kapital, der Arbeiter ist die Arbeit. Und wenn sich der Arbeiter nicht in diese Abstraktion hineinzwängen lassen will, wenn er behauptet, daß er auch ein Mensch ist, der allerdings unter anderem auch die Eigenschaften des Arbeiters hat, wenn er sich einfallen läßt, zu glauben, er brauche sich nicht als „die Arbeit“, als Ware im Markt zu kaufen und verkaufen zu lassen, so steht dem Bourgeois der Verstand still. Er kann nicht begreifen, daß er mit den Arbeitern noch in einem anderen Verhältnis steht, als in dem des Kaufes und Verkaufes.“ Genau so ergreift es den Porzellanarbeitern im allgemeinen, und die Reichenbacher Unternehmer machen keine Ausnahme. Was man hier den Arbeitern zumutet, ist nicht mehr menschlich zu nennen. Man verbietet Rauchen, Singen, Biertrinken, man führt ein Antreiber- und Selbstantreiberystem ein, das den Arbeitern keine Sekunde Zeit läßt zum Verkauften, man verbietet den Frauen und Kindern, die das Essen bringen, das Betreten der Fabrik, ohne einen ausreichenden Raum zum Esseneinnehmen bereitzustellen. Weiter denkt man gar nicht daran, den wiederholten Anregungen des Betriebsrates Rechnung zu tragen und ein Bad einzurichten (Bericht mit 130 Mann). In hygienischer Beziehung läßt alles zu wünschen übrig. Wer als Mensch noch was von sich hält, der soll nicht den Versuch machen, hier in Arbeit zu treten. Man sieht eben nur den Arbeiter und nicht den Menschen, der seinem Körper gegenüber auch noch andere Verpflichtungen hat, um möglichst die Arbeitskraft lange zu erhalten. Man bedenkt nicht einmal, daß es rentabler ist, wenn man eine Kraft 10—20 Jahre länger benutzen kann und man deshalb überhaupt selbst ein Interesse an deren Erhaltung hat. Was trifft besonders auf die Entlohnung zu. Auch hier müßte die Lohn- und Gehaltsfrage in Betrachtung anstehen. Aber das ist nach den bisherigen Lohnregelungen nicht der Fall. Und was die Schlichtungsinstanzen anfallen, wird bei der Durchführung der Schiedsprüche noch nachgeholt. Gerade bei uns hat man es fertiggebracht, den Mehrlohn, den sich die Arbeiter durch Schulten oder besondere Geschicklichkeit erworben haben, auf die Durchschnittsleistung anzurechnen. Viele Klagen sind im vergangenen Jahre bei den Tarifschlichtungsstellen eingereicht, aber aus irgendwelchen Gründen (Sabotage der Unternehmenseigenen) nicht verhandelt worden.

In der Betrachtung der Menschen geht das Unternehmertum und seine Vertreter sogar soweit, daß sie versuchen, die Arbeiter gegenseitig auszuspielen, wie das beim letzten (noch nicht der letzte) Streik der Fall war, wo der Aufseher Weiparth behauptete,

unseren Verpflichtungen auf dem Gebiete des Bildungswekens nachzukommen. Am 6. Abend wurde durch Herrn Regierungsrat Panofka über Fragen des Arbeitsrechts gesprochen. Zurzeit läuft derselbe Kursus in Meissen. Zum Schluß seines Berichtes gedachte Kollege Uhlmann der Toten des Jahres. 20 Kolleginnen und Kollegen sind uns wiederum entrissen worden. Das Jahr 1925 stellt uns vor neue Aufgaben. Die kommende Generalversammlung wird für die Organisation des Jahres des Jahres darstellen. Wichtige Fragen harren dort ihrer Erledigung. Neben dem kollektiven Arbeitsvertrag dürfte vor allem auch die Verschmelzungsfrage einer der wichtigsten Tagesordnungspunkte der kommenden Tagung werden. Unsere Aufgabe muß es nunmehr sein, Sorge zu tragen, daß, wenn der Zeitpunkt eines Zusammenflusses für uns gekommen sein wird, wir als wirklich vollwertiges Glied zu dem größeren Bruder kommen. — Den Kassenbericht gab der Kollege Wierichke. Aus ihm war zu entnehmen, daß unsere Kasse wieder eine erfreuliche Erholung aufzuweisen hat. Auch die Mitgliederbewegung gibt, bei Berücksichtigung der uns umgebenen Verhältnisse, zu irgendwelchen Bedauern keinen Anlaß. In der sich anschließenden Aussprache wurde verlangt, daß wir in Zukunft wieder größeren Wert auf die Durchbildung der Mitglieder legen müssen. Vor allem wünscht man eine intensivere Beschäftigung mit den Betriebsräten. Große Genugung löste es aus, daß der Bundesvorstand von sich aus jetzt einer größeren Konzentration das Wort redet.

Weiter wurde von der Verwaltung verlangt, daß sie der Entwicklung der Lohnfrage am Platze ihre Aufmerksamkeit leide. Ein Vergleich mit den Löhnen in anderen Berufen sei für uns geradezu beschämend. — Nachdem auf Antrag der Revisionen dem Kollegen Wierichke für seine Kassenführung Entlastung erteilt worden war, nahm Kollege Uhlmann das Schlusswort um auf die mit großer Sachlichkeit vorgebrachten Wünsche näher einzugehen. Auseinandergelassene Auffassungen über die vorgebrachten Wünsche sind zwischen der Mitgliedschaft und der Verwaltung nicht vorhanden. Notwendig ist aber dann, daß wir uns auch bei der Ausführung derselben mehr begegnen. Vor allem müssen wir es erreichen, daß unsere Betriebsvertrauensleute sich eine größere Selbstständigkeit aneignen. — Unter „Gewerkschaftliches“ wurde die Versammlung aufgefordert, alle Verstöße, die sich bei der Verletzung der tariflichen Bestimmungen in der Arbeitsnachweisfrage ausbilden können lassen, dem Büro zu melden. — Unser Malerkollege Frank versuchte, prinzipiell Stellung zu nehmen zu der Frage: Gewerkschaftliche Lohnpolitik. Dabei ließ er erkennen, daß er mit den Auffassungen Dr. Rothhofs sympathisiert. Infolge der vorgerückten Zeit war es nicht angebracht, diese so wichtige Frage zu diskutieren. Kollege Uhlmann erbot sich aber, Herrn Dr. Rothhoff in einer Versammlung zu Wort kommen zu lassen, obgleich seine Auffassung dahingehet, daß dessen Vorschläge in der Lohnfrage schwerlich Allgemeinut der deutschen Gewerkschaften werden dürften.

Freureuth. Die sehr gut besuchte Zahlstellenversammlung vom 10. Februar beschäftigte sich im ersten Punkt mit einer internen Angelegenheit der Zahlstelle. Wenn auch, von Sensationslust getrieben, versucht wurde, die Versammlung zu dem zu machen, was sie nicht sein soll, so waren diejenigen anscheinend doch enttäuscht, denn die Versammlung mußten sich von Vorständen eines anderen belehren lassen. Nach einer lebhaften Diskussion wurde das Vorgehen der Verwaltung in dieser Sache gutgeheißen. Ferner machte sich die Wahl einiger Verwaltungsmitglieder notwendig und es wurden zum Kassierer der Kollege D., zum Schriftführer Kollege F. und zum Revisor der Kollege Sch. gewählt. Weiter berichtete der Vorsitzende, Kollege W., von den Lohn- und Manteltarifverhandlungen. Die Versammlung gab ihrer Empörung Ausdruck, daß trotz der täglich steigenden Preise aller Lebensmittel und Bedarfsartikel kein Verständnis im Lager des Unternehmertums zu merken ist. Wir möchten den Herren raten, die Porzellanarbeiterschaft nicht zum Ver-

stehen zu treiben. Nachdem auch der Manteltarif einer lebhaften Kritik unterzogen wurde, beschäftigte sich die Versammlung mit der Aufstellung der neu zu wählenden Betriebsräte. Es kamen die alten zum Vorschlag, welche, bis auf einzelne, die freiwillig zurücktraten, auf die Liste der „freien Gewerkschaft“ gesetzt wurden. Nach Erledigung der betrieblichen Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Aufforderung, alle treu zur Organisation zu stehen und auch weiter so vollständig die Versammlungen zu besuchen, dann werden wir auch vorwärtskommen.

Mahl. Die Zahlstellenversammlung vom 18. Februar beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem neuen Reichsmanteltarif bzw. mit den beiden Schiedsprüchen über Arbeitszeit und Lohnregelung in der deutschen feinkeramischen Industrie. Insbesondere wurde die Unternehmervorlage zum neuen Tarif einer eingehenden Besprechung unterzogen und dabei betont, daß man sich schon lange vor dem Stattfinden der Tarifverhandlungen im Klaren sein mußte, daß die Herren von der Gegenseite „Großes“ vorhaben würden, weil aus ihrem Verhalten und auch aus Äußerungen die Absichten großer „Reformen“ deutlich zu erkennen waren. Was diese Herren aber angeboten haben, läßt entweder auf ausgeprägte Scherzhaftigkeit oder auf unbegrenztes Herrenbewußtsein von jener Seite schließen, und man weiß wirklich nicht, welche Tugend man am meisten bewundern soll; denn die letzte Vorlage hat sogar die von uns geübten Vermittlungen über den Abbaustellen der Unternehmer noch weit übertroffen.

Daß bei solchen Luftstößen Gegensätzen zwischen unseren Forderungen und dem Unternehmerangebot von einem Vertragsabschluß in freien Verhandlungen keine Rede sein konnte, vielmehr eine Schlichtungskammer in Tätigkeit treten mußte, ist ohne weiteres begreiflich, und nur unter Berücksichtigung dieser Umstände ist zu verstehen, wenn der Tarif einen teilweise weichen Abbau brachte und uns deshalb nicht befriedigt. Daß der Tarif die Unternehmer nicht befriedigt, ist bei ihren geäußerten Wünschen ebenfalls selbstverständlich. Nur müssen, wenn nun einmal ein Vertragsverhältnis zustande gekommen ist, beide Teile bemüht sein, im Rahmen dieses Verhältnisses sich zu bewegen. Die Arbeiterschaft war und ist auch wieder bereit, sich im Sinne der Vertragsbestimmungen zu betätigen, natürlich unter weitgehender Ausnutzung der zulässigen Auslegungsmöglichkeiten. Das kann leider von einem großen Teil von der Gegenseite nicht gesagt werden, was durch die verhältnismäßig vielen bei den tariflichen und sonstigen Schlichtungsinstanzen anhängig gemachten Streitfälle ohne weiteres erhellt wird. Auch bei dem neuen Vertrag scheint sich keine Besserung nach dieser Richtung hin zeigen zu wollen; denn kaum ist der Vertragsabschluß bekannt geworden, und schon ergeben sich wieder Schwierigkeiten durch willkürliche, durch nichts gerechtfertigte Auslegungen der Vertragsbestimmungen von Unternehmenseite. Es gewinnt den Anschein, als ob man durch sinnwidrige Auslegung erreichen will, was man bei den Verhandlungen nicht erreichte. In dieser Auffassung muß man kommen, wenn man sich das Verhalten der Unternehmer bezug. deren Beauftragte vergegenwärtigt. Insbesondere scheint das bei der Firma C. U. Lehmann & Sohn in Mahla zuzutreffen, bei der die übrigen eine chronische Vertragsabneigung bemerkbar macht. Das zu schlußfolgern, hatten wir zu verschiedenen Malen bereits Veranlassung. Die maßgebenden Herren dieser Firma, Herr Lehmann selber und sein getreuer Untergeordneter Weißbach, aber auch noch kleinere Gewerkschaften, wie der Lohnschreiber Böhmke, legen ein Verhalten an den Tag, das an Probenhaftigkeit und Herrenbündel durch nichts mehr zu überbieten ist und eine hochgradige Vertragsabneigung erkennen läßt. Und dabei hat man noch die Lebenswürdigkeit, fortwährend seine „Vertragstreue“ zu betonen. Wenn die Vertragstreue aber so aussieht, dann kann man einigermaßen neugierig sein, zu erfahren, wie dann wirklich die Vertragstreue aussehen soll. Und unter solchen Umständen wird man gut tun, sich auf allerlei Aescht zu machen.

Im übrigen haben auch die diesmaligen Vertragsverhandlungen wieder bewiesen, wohin die Reise gehen würde, wenn gewerkschaftliche Organisation nicht vorhanden und nicht Faktor wäre, mit dem die Herren Unternehmer doch noch rechnen müssen. Das wird auch in der Versammlung betont und in den Antworten aufgegeben, auch dem letzten der Abseitsstehenden diese Tatsache vor Augen zu führen, um sie zu dem Wiederanschluß an die Organisation zu bewegen.

Vermischtes.

Bergarbeiterob. Eine Schlagwetterkatastrophe auf der Kohlenzeche „Minister Stein“ bei Dortmund am 11. Februar hat unter den arbeitenden Bergleuten 136 Todesopfer gefordert. Ueber die Ursachen dieses furchtbaren Wüsten des Grubentodes ist noch nichts bekannt. Aber ein bezeichnendes Licht wirft darauf geworfen, weil die Zeche in der Förderung von dem Bergwerk unternehmer wegen ihrer hohen Förderzahlen öffentlich gelobt wurde. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß bei dem vorhergehenden Unternehmertum die Beachtung aller Sicherheitsmaßnahmen gelitten hat und so zur Katastrophe führte.

An der Vererbung der Opfer nahmen große Arbeitermassen teil und die Trauerfeier rief eine stillen und doch deutlichen Warnung an die Zechenbesitzer und Regierung, die Bergarbeitern nicht weiterhin nur als Ausbeutungssobjekt zu betrachten und den Hinterbliebenen ein sorgenfreies Dasein zu ermöglichen.

Die Teilnahme fast aller Arbeiterorganisationen hat die schwer getroffenen Familien zugewandt und die Arbeitervertretungen im Reich, sowie im Landtag sind eifrig bestrebt, die Schuld zu untersuchen und den Hinterbliebenen die notwendige Unterstützung zu sichern.

Aufruf!

Da es uns bisher immer möglich war, unsere kranken Kollegen allein zu unterstützen, dies jetzt aber nicht mehr möglich ist, bitten wir die Zahlstelle Dortmund, die beiden Kollegen Karl Quoll, Dreher, und Franz Grundow, Bader, die aus allen Klassen ausgesteuert sind, zu unterstützen. Wir bitten daher die übrigen Kollegen im Reich, ihr Scherflein beizutragen zu wollen, um die Not der betreffenden Kollegen etwas zu lindern. Gelder sind zu senden an den Kassierer Paul Bengsch, Driesen (Markt), Hinterstraße 29. Quittung erfolgt in der „Ameise“.

Quittungen.

Für den verunglückten Kollegen Kurt Büttner gingen von den Zahlstellen folgende Beträge ein: Teltow, Oberfögan, Uitzberg, Mahla, Kloster Weilsdorf je 5,—; Spandau, Schönwald je 4,—; Hennigsdorf, Oranienburg, Rosch, Burgau, Walderhof, Tiefenfurt, Elmshorn, Annaburg, Berlin, Golb, Dresden, Stabitz, je 3,—; Euhl i. Thür., Plankenhain, Müß, Roffen, Witterich, Malerpersonal Böhmke, Hauenstein je 2,—; Markt. Summa: 83,— Mk. Im Namen des Kollegen Kurt Büttner und der Zahlstelle Meuselwitz allen Spendern herzlichen Dank. Die Sammlung ist geschlossen.

S. A.: Konrad Koller, Kassierer, Zahlstelle Meuselwitz.

Adressenänderungen.

Freureuth, Schriftf.: Hans Krenner, Ml., Kolonie 2; Kall. Max Dietrich, Dr., Werbauerstraße; Rev.: Hugo Scheffler. — Der Kassierer übernimmt am 1. April die Geschäfte.

Schwäbisch-Gmünd. Im Adressenverzeichnis steht Schwäbisch-Gmünd, das in Schwäbisch-Gmünd geändert werden muß.

Offerte hierdurch für Porzellan- und Steingutfabriken, gegen ein Zahlungsgeld von 1 bis 3 Monaten: Flache glatte, fachmännisch bearbeitete prima Smocca-Drehschäume, per 100 Stück 45, 75, 100 u. 125 R.-Mk.; größere u. mittlere volle prima Feingehäsi-Smoccaschäume, das Kilo 80 bis 150 R.-Mk.; feinste größere u. mittlere prima LebantinerSchäume; prima Lebantiner „Elefantentoren“; kleine flache und glatte prima LebantinerSchäume, per 100 Stück 20, 30 und 40 R.-Mk.; feinstgroße weiche prima Reesichschäume (auch für Druckerei und Glaser geeignet), das Kilo, 75 Stück enthaltend, 60 R.-Mk. Auf Wunsch auch Aufschäftendungen, von welchen nicht konvertierende Positionen innerhalb 1 Woche zurücknehmen. H. Wierichke, Schwammgroßhandlung, Berlin E. 25, Prenzlauerstr. 42.

Arbeitsmarkt.

Für die Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ übernimmt „Die Ameise“ keine Gewähr. Stellenfuchende tun immer gut, vor etwaiger Arbeitsannahme bei den sie ansprechenden Firmen von den Zahlstellenverwaltungen unter Beifügung des Rückporto's Erkundigungen einzuholen.

Für meine Glasmalerei suche ich einen tüchtigen, selbständigen,

ledigen Maler

der im Drucken und Plattenstechen firm ist und auch brennen kann. Es werden hauptsächlich Brauerei Seidel bemalt. Dauernde und angenehme Stellung wird zugesichert. (Wohnungsbeschaffung für Verheiratete schwierig.) (84)

Westfälische Porzellan- und Glas-Niederlage
H. Hoffmann, Dortmund, Westenhellweg.

Erster Obermaler, 33 Jahre, verheiratet, mit allen Arbeiten einer Malerei und Druckerei bestens vertraut. Sucht Dauerstellung in größerer Qualitätsfabrik. Antritt jederzeit. Zeugnisse zu Diensten. Offerten unter „S. 43“ an „Die Ameise“ erbeten.

Perfektter Formengießer, ledig, an sauberes Arbeiten gewöhnt, sucht Stellung. Angebote mit Lohn an die „Ameise“ unter „S. 40“ erwünscht.

Tüchtiger Schmelzer, in allen vorkommenden Arbeiten bewandert, sucht Stellung. Angebote unter „S. 41“ an die „Ameise“ erbeten.

Erfahrener erfassiger Gießer, mit allen vorkommenden Arbeiten der Gießerei bestens vertraut, ist im Anlernen von ungeheißtem Personal bewandert, weiß ein Personal umständig zu leiten, sucht Stellung als Gießereileiter oder Aufsicher. Angebote unter „S. 42“ an die „Ameise“ erbeten.

Gelernter Hobelbrecher und Plattenstecher, 26 Jahre alt, vertraut mit allen vorkommenden Arbeiten, sucht sofort Stellung. Angebote unter „S. 39“ werden von der „Ameise“ befördert.

Tüchtiger Graveur, strebsam, in Ranten, Stempeln, Flaggen und Tiefdrucken eingeübt, wünscht seine Stellung zu verändern. Angebote unter „S. 38“ an die „Ameise“ erbeten.

Anzeige im Arbeitsmarkt der „Ameise“ werden
spottbillig berechnet und
haben den größten Erfolg.

Tüchtiger Freihandmaler in Unter- und Aufglasur, in einfachen sowie besseren Dekoren eingearbeitet, wünscht Stellung sofort oder später. Gest. Offerten sind unter „S. 37“ an die „Ameise“ zu richten.

Maler

für Gold- und Hotelgeschirre auf feston und glatt. Es wollen sich nur erste Kräfte mit guten Kenntnissen melden unter „89“ Wert 2. Offerten an die „Ameise“ erbeten.

Ich suche noch

Zeichner

für Schilderfabrikation, tüchtiger Praktiker, erfahren im Entwurf und in der Kalkulation für selbstständigen Posten gesucht. (80) Offerten mit Zeichnen und Gehaltsanprügen an

Hesshaus, Berlin-Pankow
Wollankstraße 30.

Wir suchen einige tüchtige

Maler

für Bänder und bessere Dekore. Wegen Wohnungsmangel werden ledige hochscholastischer Staatsangehörigkeit bevorzugt.

„Bohemia“ (83a)

Keramische Werke A.-G.

Neurohlau bei Karlsbad.

Mehrere gewandte

Schriftenmaler

auf Apothekenstandgefäße sowie Kastenbilder werden sofort gegen höchsten Wochen- oder Akkordlohn gesucht. Reise wird vergütet. (88)

Janke & Kunkel, A.-G.

Köln, Im Sionstal 28-31.

2 bis 3 flotte

Gießer und Gießerinnen

für sofort gesucht. (86)

Porzellanfabrik

Freiwaldau Kreis Sagan.

Maler

für Gold- und Hotelgeschirre auf feston und glatt. Es wollen sich nur erste Kräfte mit guten Kenntnissen melden unter „89“ Wert 2. Offerten an die „Ameise“ erbeten.

Ich suche noch

Zeichner

für Schilderfabrikation, tüchtiger Praktiker, erfahren im Entwurf und in der Kalkulation für selbstständigen Posten gesucht. (80) Offerten mit Zeichnen und Gehaltsanprügen an

Hesshaus, Berlin-Pankow
Wollankstraße 30.

Wir suchen einige tüchtige

Maler

für Bänder und bessere Dekore. Wegen Wohnungsmangel werden ledige hochscholastischer Staatsangehörigkeit bevorzugt.

„Bohemia“ (83a)

Keramische Werke A.-G.

Neurohlau bei Karlsbad.

Mehrere gewandte

Schriftenmaler

auf Apothekenstandgefäße sowie Kastenbilder werden sofort gegen höchsten Wochen- oder Akkordlohn gesucht. Reise wird vergütet. (88)

Janke & Kunkel, A.-G.

Köln, Im Sionstal 28-31.

2 bis 3 flotte

Gießer und Gießerinnen

für sofort gesucht. (86)

Porzellanfabrik

Freiwaldau Kreis Sagan.

Tüchtige

(91)

Maler

für Blumen, Rand und Staffage zum sofortigen Eintritt gesucht.

Wilh. Hübner, G. m. b. H.

Emaillierwerk

Düsseldorf 68.

Thüringer Porzellanfabrik sucht zum sofortigen Eintritt

tüchtigen Kapseldreher.

Offerten unter „73b“ an die Redakt. der „Ameise“ erbeten.

Ich suche zum möglichst sofortigen Antritt einige

Maler

für Wand- und Lüsterdekore, desgleichen einige

Dreher

und Dreherinnen

für dünne Becher und einige

Buntbruderinnen

für Rantendekore. (74b)

Porzellanfabrik Wilhelm Lange

Neuhäuselnsleben.

Tüchtiger

Dreher

für Wägen usw. gesucht.

Keramische Werke

C. & E. Carstens

Rathenow. (78b)

Tüchtige

Garnierinnen

für figürlichen Duzus gesucht.

Keramische Werke

C. & E. Carstens

Rathenow. (79b)

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Henninger, Charlottenburg I, Brahestr. 2-5. — Verlag: W. H. S. Gerden, Charlottenburg I, Brahestr. 2-5. — Druck: E. Sanitzki, Berlin SO., Elisabethufer 28/29.

Flotte

Maler

und tüchtige (82b)

Spritzer

finden Beschäftigung bei

Höflein & Reinhardt

Glühlampenwerk

Neuhäuselnsleben (Thür.).

Unverheirateter

Porzellanmaler

der mit Schrift, Rand, Fond, Buntdruck und Staffage vertraut ist, wird für eine Privatmalerei bald gesucht. Ausführliche Offerten mit Gehaltsangaben an (50b)

E. Reinhold, Breslau

Klosterstraße 10.

Tüchtigen

Schablonenschneider

suchen ein (49b)

Steingutfabriken

Velten-Dordamm

G. m. b. H.

Velten bei Berlin.

Gefühte

Porzellanmaler

und

-malerinnen

für Auf- und Unterglasur (Walamalerei) gesucht. Off. mit Angabe über bisherige Tätigkeit unter „71c“ an die „Ameise“ erbeten.